



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Dunkelfeldstudie zu homo- und transfeindlicher Diskriminierung und Gewalt in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Dunkelfeldstudie in Auftrag zu geben über strafrechtlich relevante homo-, bi- und transfeindlich motivierte Diskriminierung und Gewalt.

Begründung:

Die Polizeiliche Kriminalstatistik Bayern 2018 (PKS) zeigt, dass es in den letzten fünf Jahren insgesamt nur 15 Straftaten mit homo- bzw. transfeindlich motivierter Gewalt gegeben habe. Der im folgenden dargelegte Blick in empirische Erkenntnisse lässt jedoch annehmen, dass die tatsächliche Situation für queere Menschen sich nicht in der amtlichen Polizeistatistik widerspiegelt:

- In einer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten, bundesweiten Jugendstudie zur Lebenssituation queerer Jugendlicher gaben insgesamt 8 von 10 der über 5.000 befragten queeren Teilnehmerinnen und Teilnehmern an, schon einmal Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung erlebt zu haben. Bei den divers* und transgeschlechtlichen Jugendlichen waren es sogar 9 von 10 (Krell/Oldemeier 2015).
- Die Bundesregierung gab für das erste Halbjahr 2019 bekannt, dass eine deutliche Zunahme der homo- und transfeindlichen Straftaten festzustellen ist.
- Außerdem sind bundesweit die Sachbeschädigungen gegen queere Einrichtungen gestiegen.
- Die sogenannte Dunkelfeldstudie „Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen“ kam 2019 zu dem Ergebnis, dass nur rund „11 Prozent der von Gewalt betroffenen“ queeren Personen entsprechende Vorfälle bei der Polizei anzeigen (Landesarbeitsgemeinschaft Queeres Netzwerk Sachsen, Zusammenfassung 2019: S. 5). In einer Gesamteinschätzung kommen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu der Feststellung: „Die offizielle Kriminalstatistik im Bereich politisch motivierter Kriminalität (PMK) bildet in Bezug auf Gewalt gegen die sexuelle Orientierung also nur einen Bruchteil der realen Gewalterfahrungen ab.“¹ (ebd., S. 5)

¹ Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Antragsteller.

Bezugnehmend auf die Antwort vom 27.09.2019 zur Schriftlichen Anfrage von Tessa Ganserer zu Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen von Lesben und trans* Frauen (Drs. 18/3870) sollen darüber hinaus Erkenntnisse aus dem Viktimierungssurvey 2017 für eine Einschätzung angeführt werden:

- Im bundesweiten Vergleich ist Bayern das Bundesland mit der dritthöchsten Inzidenzrate für Körperverletzungen (Viktimierungssurvey 2017, S. 33).
- Eine vollständige Analyse der Ergebnisse steht noch aus. Nach dem gegenwärtigen Stand liegt die Inzidenzrate bei vorurteilsgeleiteten Körperverletzungen aufgrund der sexuellen Orientierung bei 1,3 Fällen pro 1.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern und ist damit als eher gering einzustufen.
- Bei einem Blick auf das Geschlecht und die geschlechtliche Zugehörigkeit ergibt sich jedoch ein anderes Bild: Obwohl Frauen (über 45 Prozent) sehr viel häufiger als Männer (13 Prozent) vermeiden, „bei Dunkelheit alleine draußen unterwegs zu sein“ (ebd., S. 59f.) oder bestimmte Orte wie Parks nicht oder nur selten besuchen (Frauen knapp 39 Prozent, Männer knapp 21 Prozent), sind sie häufiger Opfer von „Körperverletzungen aufgrund deren Geschlechts oder geschlechtlichen Identität“ (ebd.: 29).

In einer analytischen Gesamtschau dieser wissenschaftlichen Ergebnisse steht daher die Einschätzung, dass homo- und transphobe Gewalt möglicherweise sehr viel häufiger stattfindet, als in der polizeilichen Statistik erfasst wird. Daher besteht die Notwendigkeit, eine entsprechende Dunkelfeldstudie in Auftrag zu geben, um eine empirisch gesicherte Grundlage für die Lebenssituation queerer Menschen in Bayern zu erhalten.